

Konjunkturprobleme

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 3. April 1929

Nummer 27

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

Bundesausschussigung des ADGB.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 25. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu einer Tagung zusammen. Wie schon bei früheren Gelegenheiten wurde auch diesmal die Tagung durch eine öffentliche Sitzung eingeleitet. Der Bundesvorstand hatte Herrn Professor Dr. Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, gebeten, in der öffentlichen Sitzung über „Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung“ zu sprechen. An der Tagung nahmen auch die Bezirkssekretäre des ADGB und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil.

Leipart eröffnete die öffentliche Sitzung mit einem Hinweis auf die besondere Bedeutung des gewählten Themas. Die Gewerkschaften sind Mitgründer des Instituts für Konjunkturforschung. Das Lohnproblem, das gerade für die Gewerkschaften von besonderem Interesse ist, steht in letzter Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Diese beiden Gründe haben den Bundesvorstand veranlaßt, den Direktor des Konjunkturinstituts zu einem Vortrag aufzufordern, dessen Gegenstand Professor Dr. Wagemann selbst ausgewählt hat.

Der Referent leitete seine Ausführungen ein mit einem Hinweis auf die Schwierigkeit, die nagte Lohnhöhe festzustellen. Die Tarifstatistik bietet kein eindeutiges Bild. Die Statistik der tatsächlichen Löhne, z. B. in der Textilindustrie, muß zur Korrektur herangezogen werden. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede besonders bei den Akkordlöhnen. In der Depression pflegen die tatsächlichen Löhne den Tariflöhnen zu entsprechen, in der Hochkonjunktur gehen sie darüber hinaus. Sehr viel weiter würden wir kommen, wenn wir eine wirklich ausgebaute Produktionsstatistik hätten. Die Unterlagen für die Untersuchung der Lohnhöhe sind also unzureichend.

In der Vorkriegszeit liefen im allgemeinen die Schwankungen der Preise und Löhne parallel. In der Gegenwart scheint sich die Relation zwischen Preis- und Lohnbewegung durchaus geändert zu haben. Ein stichtbarer Zusammenhang scheint nicht zu bestehen. Bei ziemlich freier Wirtschaft geht die Bewegung der Preise etwas festiger schwanken als die Löhne, daß die Bewegung im ganzen aber parallel geht. Auf diesen Beobachtungen beruht z. B. die Konjunkturtheorie von Ledebur: er sagt, beim Ausschlag entsteht eine Spannung zwischen Preisen und Löhnen. Die Löhne ziehen die Preise herunter. Umgekehrt beim Aufschwung. Die Löhne bleiben über dem Preisniveau stehen und ziehen die Preise hinauf.

Ist diese Auffassung richtig? Die Unternehmer behaupten: Die Löhne sollen in der Depression herabgesetzt werden. Dann besteht die Möglichkeit der Absatzvermehrung, umgekehrt argumentiert — groß gesprochen — etwa Ledebur. Das sind die beiden entgegenstehenden Meinungen. Offenbar kommt man mit so allgemeinen Argumenten nicht weiter. Es stellt vielmehr so. Die Erhöhung der Löhne würde z. B. in der Depression bei der Textilindustrie die Konjunktur begünstigen. Freilich ist das nur eine Voraussetzung für die Steigerung der Konjunktur. Die Textilindustrie ist auf Rohstoffeinfuhr angewiesen. Dazu bedarf sie der Ausfuhr. Wie wirkt aber die Erhöhung der Löhne auf die Ausfuhrmöglichkeit? Durch niedrige Preise und Löhne wird die Ausfuhr erleichtert, die Produktion angekurdet. Ähnlich liegt es für den Wohnungsbau. Der Markt der Mieter ist aber ziemlich stabil. Bei freier Wirtschaft würde also die Textilindustrie durch niedrige Löhne begünstigt.

Mit so allgemeinen Sätzen, wie sie im Kampf der Argumente verwendet werden, kommt man nicht vorwärts. Es kommt auf die Zeitpunkte, in der sich die Veränderungen der Löhne und Preise in der Wirtschaft auswirken, an. Teils werden die strukturellen Momente, teils die zeitlichen Momente nicht berücksichtigt.

Bei einer völlig freien Wirtschaft gibt es keine Konjunkturbewegung. Dann gibt es eben keine Schwankungen, oder vielmehr alles, Preise, Löhne und Zinsschwankungen, gleichzeitig. Eine völlig freie Wirtschaft gab es aber nie. Nun ist schon vor dem Kriege die Bindung der Wirtschaft immer mehr fortgeschritten. Die Wirtschaft ist heute hinsichtlich der Preise zu 50 Proz. gebunden, hinsichtlich der Löhne noch mehr. In der durchgeführten Planwirtschaft

kann es auch keine Schwankungen geben. Wir haben aber heute wohl eine weitgehende Bindung der Werte, aber weit weniger der Mengen.

Wird eine halbgebundene Wirtschaft die Konjunkturschwankungen erhöhen oder wird sie sie ermäßigen? Man kann sagen: wenn ein Teil der Wirtschaft gebunden ist, werden in anderen Teilen um so festere Schwankungen auftreten. Ein Beispiel bietet die Inflation. In dem Maße, wie die Goldrechnung durchgesetzt wurde, um so festiger schwankte die Valuta. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns im halbstarren System der Wirtschaft. Die gebundene Lohnhöhe ist für die Schwankungen des gesamten Arbeitseinkommens ziemlich nebensächlich. Die (freie) Mengenbewegung ist den Konjunkturschwankungen dagegen noch ziemlich ausgekehrt. Die Ursachen, die die Konjunktur hervorzurufen, kommen von außen. Sie stoßen auf die festgelegten Wirtschaftsfaktoren (Löhne, Preise), sie wirken daher um so festiger auf die freien Teile, z. B. den Beschäftigungsgrad.

Wir stehen an der Wende der freien zur gebundenen Wirtschaft, d. h. wir befinden uns mitten in Konjunkturschwankungen. Wir werden vermuthlich immer mehr zur gebundenen Wirtschaft kommen. Man kann sich nun sowohl bei hohen wie bei niedrigen Löhnen Konjunkturschwankungen vorstellen. Diese entwickeln sich aus Inkonjunktur in den Sphären der Wirtschaft, zahllosen Spannungen, von denen die Spannung zwischen Löhnen und Preisen nur eine ist.

Der Redner gab dann einen kurzen Überblick über die Diagnosen des Instituts für Konjunkturforschung. Die zwölf bisherigen Diagnosen waren vollständig richtig; Mitte 1926 erklärte das Institut: wir stehen vor einem Aufschwung. Die Läger waren nämlich geräumt. Es war also möglich, in die Läger hineinzuproduzieren. Außerdem waren von den Unternehmern Schulden aufgenommen worden zwecks neuer Produktion. Das waren die Gründe, auf die sich die Diagnose stützte. Mitte 1927 erklärte das Institut, das Maximum sei erreicht. Auch das hat sich als richtig erwiesen.

Das Lohnproblem ist — damit wandte sich der Vortragende wieder seinem eigentlichen Thema zu — eine konjunkturpolitische Frage. Das Lohnproblem ist ein strukturelles Problem, ein Problem der volkswirtschaftlichen Organisation. Von Amerika her ist dieses Problem ins Bewußtsein der Menschheit getreten. Die Formel ist: hohe Löhne bei sinkenden Preisen und steigender Produktion. Kann Europa dasselbe Rezept befolgen? Es wäre sehr verlockend. Aber Amerika hat vergleichsweise sehr große Bodenschätze, ein geringes Arbeitsangebot, einen durch die Kriegsgewinne gesteigerten Kapitalüberschuß. Die Arbeit ist gering an Zahl gegenüber dem Kapital: das gibt der Arbeit eine natürliche Überlegenheit. Die amerikanische Lohnpolitik hat dahin geführt, daß das Einkommen der großen Volksmassen sich immer einheitlicher ausgebildet hat. Das hat zu einer Einheitlichkeit des Verbrauches geführt, zu einer Vergrößerung der Märkte, zur Massenproduktion und einer darauf sich aufbauenden Rationalisierung. Wie kann Deutschland oder Europa die rationelle Produktion aufbauen ohne das den Amerikanern zur Verfügung stehende Kapital? Es kommt sicher nicht nur auf die technischen, sondern auch auf die wirtschaftlichen Methoden an.

Der Redner erinnerte zum Schluß an ein Wort von Konfuzius. Er sagte, es gibt drei Wege zur Vollkommenheit. Den ersten der Nachahmung. Dieser Weg ist der bequemste, aber man kann leicht auf ihm straucheln. Der zweite, bittere Weg ist der der Erfahrung. Er ist gefahrlos, er kostet Zeit; auf ihm wird man nur langsam zu dem gewünschten Ziel kommen. Der dritte Weg ist der des Nachdenkens. Er ist der Weg, den wir gehen müssen. Es ist der Weg des konstruktiven schöpferischen Geistes. Aber der Geisteskampf wird bei uns zur Zeit mit stumpfen Waffen geführt.

Leipart dankte Prof. Dr. Wagemann für seine Ausführungen und bat die Diskussionsredner, zu zeigen, daß die geistigen Waffen der Gewerkschaftsführer nicht stumpf geworden sind. Als erster nahm in der anschließenden Diskussion das Wort das Mitglied des Bundesvorstandes, Eggert. Wenn die deutsche Wirtschaft bereits zu 50 Proz. an Preise gebunden ist, so werden logischerweise auch die

übrigen Faktoren, wenn auch zunächst noch widerstrebend, in den Bannkreis der Bindung hineingezogen. Der Lohn ist ganz etwas anderes für den Preis, für die Herstellungskosten, ob wir uns in einer primitiven oder einer hochentwickelten Wirtschaft befinden. In der hochentwickelten Wirtschaft sinkt der Lohnanteil am Produkt. Im Handwerk war er viel höher als in der betriebswissenschaftlich höchst entwickelten Wirtschaft. Demgegenüber muß die Bedeutung des Lohnanteiles für die Konjunkturschwankung sinken. Er wird aber eine große volkswirtschaftliche Bedeutung für den Konsum bekommen. Die Gewerkschaften müssen daher, ein wenig abgewartet den wissenschaftlichen Erwägungen, ihren Weg um Erhöhung der Löhne gehen. Bei aller Anerkennung der Wissenschaft und des Konjunkturinstituts, bleibt es Aufgabe der Gewerkschaften, einen möglichst hohen Lebensstandard in der Konjunktur wie in der Depression für die Arbeiter zu sichern. Eine Konjunkturschwankung kann sich in einem Lande mit hoher Lebenshaltung nicht so katastrophal auswirken, wie in einem Lande wie Deutschland. Der bekannte amerikanische Wirtschaftsführer Pitene hat vor einem Jahre erklärt, auf die heranschleichende Wirtschaftskrise müsse die amerikanische Wirtschaft mit Erhöhung der Löhne und Steigerung der Produktion antworten. Es ist nicht mehr so, daß wir auf Wirtschaftskrisen mit Abbau der Löhne antworten dürfen.

Dann folgte der Vorkühler des Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Bundesvorstandes Tarnow: Professor Wagemann ist Diagnostiker am Krankenbett der Wirtschaft, aber der behandelnde Arzt ist der Wirtschaftspolitiker. Selbstverständlich können nicht mechanisch Löhne erhöht oder gesenkt werden. Gewiss, in der völlig freien Wirtschaft hätten Konjunkturschwankungen nicht eintreten können. Sie hat es freilich nie gegeben. Der menschliche Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft ist immer dagewesen. Es hat eine konjunkturlose Wirtschaft in der kapitalistischen Ära nie gegeben. Die liberale Theorie paßt nicht auf die kapitalistische Entwicklung. Die Produktion ist schneller gewachsen als die Absatzmöglichkeiten. Darauf ist der expansive Imperialismus zurückzuführen. Das Problem des Kapitalismus ist, die gesteigerte Produktivität richtig anzuwenden. Die frühere Methode, neue Absatzländer zu erschließen, ist nach dem Kriege nicht mehr anwendbar. Wir erleben eine rückläufige Kolonialbewegung. Wir müssen daher die Lösung des Problems innerhalb der nationalen Grenzen finden. Professor Wagemann sprach von der Bedeutung der Beweglichkeit der Löhne. Aus praktischer Übersicht, bedeutet Beweglichkeit der Löhne für die Gegenseite des sozialen Kampfes Zerstückelung der Tariflöhne, da angeblich nur mit sinkenden Löhnen die Herstellungskosten gesenkt werden können. Entgegenwärtig ist aber, daß die Herstellungskosten durch sinkende Löhne gar nicht entsprechend der Senkung der Löhne gesenkt werden können. Die sichere Wirkung einer solchen Aktion wäre bei gleichbleibenden Preisen eine Senkung der Kaufkraft, damit der Absatzmöglichkeit und der Produktion. In einer stark mit fixem Kapital durchsetzten Wirtschaft ist die Senkung der Löhne mit einem Ausfall an Kaufkraft verknüpft. Die Unternehmer sagen, die Gewerkschaften verengen die Kapitalarmut der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist auf eine Vergrößerung der Kapitaldecke angewiesen, sie arbeitet tatsächlich in welchem Umfang mit Anleihen des Auslandes. Ein Weg scheint zu sein: Einschränkung des Verbrauchs, um Kapital zu sparen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge verbieten, dieses Rezept anzuwenden. Es ist schwierig, festzustellen, was an Kapital heute erspart werden kann. Die Berichte der Sparpläne weisen auf eine schnellere Sparfähigkeit als in der Vorkriegszeit hin. Insbesondere das große Kapital wird gespart in der Industrie selbst. Man weiß nur, daß in einer Reihe von Industrien sehr viel Gewinne erzielt und zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet werden. Die Aktienkurse steigen, sie scheinen aber nicht entfernt den wirklichen Wertzuwachs zu repräsentieren; Trotzdem reißt die Kapitaldecke nicht aus, Ersparnisse an Kapital können scheinbar gemacht werden, aber es verschwindet, d. h. es wird vernichtet in falschen Anlagen. Ein Beispiel liefert die deutsche Textilindustrie. Ihre Absatzmöglichkeit hat sich seit der Vorkriegszeit nicht wesentlich vergrößert. Aber die Zahl der Werke hatte sich vermehrt. Das Kapital war jedoch nicht größer geworden, die Rente nicht gestiegen. Infolgedessen hat man die Zahl der Kapitalwerke von 205 (1921) auf 43 beschränkt, welche die gleiche Produktion aufbringen. Eine Milliarde

ist auf diese Weise dem Verbrauch entzogen worden. Tatsächlich wird in allen Zinkdruckweilen überkapitalisiert. Das zeigt z. B. die Maschinenbauindustrie. 1928 waren die vorhandenen Anlagen zu 51 Proz. ausgenutzt, 1927, in der Hochkonjunktur, betrug die Ausnutzung 84 Proz. Jede Möglichkeit, Kapital zu bekommen, wird benutzt, um mehr Kapital zu investieren. Es kommt aber darauf an, wie es verwandt wird. Der einfache Sinn der Wirtschaft ist die Versorgung der Menschen mit dem, was sie notwendig gebrauchen. Eine Maschine, die nicht leistet, was sie soll, muß so konstruiert werden, daß sie es leistet. Diese Forderung muß auch an die Wirtschaft gerichtet werden. Die Arbeitsleistung auf den Kopf des Arbeiters ist auf vielen Gebieten gewaltig gestiegen. Mit den andern Faktoren zusammen ohne Zweifel eine gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Daher müssen wir verlangen, daß sich — gerade auch im kapitalistischen Interesse — diese Produktivität auswirkt. Die Forderung nach höherem Lohn ist nur eines der Mittel zu diesem Zweck. Wir befinden uns in einem Übergangsstadium. Der Weg führt, wie auch Professor Wagemann sagte, zu einer gebundenen Wirtschaft. Die Alternativen lauten: Entweder zurück zur alten freien Wirtschaft oder vorwärts zur gebundenen Wirtschaft. Die Entscheidung steht nicht im Belieben der Menschen. Sie ist zwangsläufig gegeben. Wir haben auf dem Hamburger Gewerkschaftstreffen die Ansicht, daß diese Entscheidung unausweichlich bestimmt sei durch unsere Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, klar zum Ausdruck gebracht.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, **Franke**, führte aus: Unsere sozialistische Auffassung fordert einen vollen Anteil am Produktionsertrag. Wenn wir diese Auffassung praktisch vertreten, dienen wir der Wirtschaft. Wir haben vorläufig Einfluß nur auf die Gestaltung der Löhne. Diesen Einfluß müssen wir nachdrücklich zur Geltung bringen. In vielen Teilen der Metallindustrie ist die Produktionskapazität viel stärker gestiegen als die Ausnutzungsmöglichkeit, nicht nur in der Maschinenindustrie. Der Metallarbeiterverband wird auch in dieser Zeit versuchen, der Wirtschaft Dienste zu leisten.

Der Vorsitzende des Baugewerksbundes **Bernhard** setzte die Aussprache fort. Er erklärte sich seinerseits nicht einverstanden mit dem Gedanken, daß Lohnpolitik reine Wirtschaftspolitik sei. Sie ist Machtpolitik. Dem Arbeiter steht nicht nur das notwendige Stück Brot zu, er muß auch am Kulturaufstieg beteiligt werden. Im Baugewerbe ist der Lohnanteil am Gesamtprodukt gegenüber der Vorkriegszeit gesunken. Die Bauarbeiter werden von erneuten Lohnforderungen nicht ablassen, ihre höheren Löhne sind gerechtfertigt durch ihre unendliche Beschäftigungsart, die dadurch bedingten vielfach großen Wege zu und von der Arbeitsstätte (Führung von zwei Hausfällen) und die vielfach ungünstigen Witterungsverhältnisse. Angesichts der stark ablehnenden Einstellung des Unternehmers bleibt heute nur übrig, die Lohnpolitik als Machtpolitik zu betrachten. Nur starke Gewerkschaften können den wirtschaftsschädigenden Widerstand des Unternehmers brechen.

In seinem Schlusswort betonte Professor **Wagemann** noch einmal, daß es auch seine Auffassung sei, daß wir der gebundenen Wirtschaft zukehren. Eine Beseitigung der tariflichen Bindungen ist undenkbar. Wenn er von stumpfen Waffen gesprochen habe, die im Geisteskampf angewandt würden, so habe er damit die Wissenschaft in erster Linie getroffen wollen. Auf die viel zu allgemeinen Argumente, welche die Wissenschaft verwendet, z. B. Professor Schumpeter, wollte er hinweisen mit seinen Ausführungen. Es kommt darauf an, zu differenzieren, sowohl in der räumlichen wie in der zeitlichen Behandlung der Löhne. Die Wissenschaft kann das Lohnproblem heute nicht eindeutig beantworten. Sie kann z. B. das richtige Verhältnis von Produktionsmitteln- und Verbrauchsgütererzeugung nicht feststellen. Die Wirtschaftspolitik ist völlig zerplittert, es fehlt eine planmäßige Zentralisierung der verantwortlichen Instanzen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit des Instituts für Konjunkturforschung mit den Gewerkschaften. Mit dem Wunsch nach dieser engeren Zusammenarbeit schloß Professor Wagemann seine Ausführungen.

Leipert brachte die Aussprache mit folgenden Ausführungen zum Abschluß: Sehr vieles von dem, was Professor Wagemann gesagt hat, entspricht auch unseren Auffassungen. Die Punkte, in denen wir nicht mit ihm übereinstimmen, sind von den Diskussionsrednern nachdrücklich hervorgehoben worden. Die Aussprache wird auch für ihn wertvolle Anregungen gebracht haben. Kollege **Bernhard** hat gesagt: Lohnpolitik sei Machtpolitik. Ich muß dem gegenüber doch korrigierend feststellen: Lohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Der uns gegenüber von den Unternehmern erhobene Vorwurf, daß wir auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehmen, ist unberechtigt. Unsere Lohnpolitik ist nicht wirtschaftsschädigend, sondern wirtschaftsfördernd. Aber solange die Unternehmer den positiven Sinn der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht verstehen, ist allerdings unsere Lohnpolitik notwendigerweise auch Machtpolitik. Wir hoffen, daß die von Professor Wagemann beklagte unfruchtbare Einstellung der Wissenschaft einer tieferen und auch für die praktische Wirtschaftsgestaltung bedeutungsvolleren Gedankenarbeit weicht. Wir unsererseits sind jedenfalls zur Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung und darüber hinaus mit den Kreisen der Wissenschaft bereit. (Schluß folgt.)

Gegen die kommunistischen Gewerkschaftsfeinde

Verschiedene Wege sind die deutschen Kommunisten auf Weisungen von Moskau schon gegangen, um die Gewerkschaften zu zerstören. Über die Parolen „Raus aus den Gewerkschaften“ und „Wieder hinein in die Gewerkschaften und Zellen bilden“ und noch verschiedene andre, die aber alle nicht zum Ziele führten, kommen sie nunmehr zur Verbrüderung mit den Unorganisierten. Die eigene Kraft reichte also nicht aus, um den Kampf gegen die Gewerkschaften erfolgreich führen zu können, weshalb die „Kette der Arbeiterschaft“ die größten Feinde der Arbeiterschaft, die Unorganisierten, um Hilfsleistung angehen. Mit diesem unsicheren Element, die wohl alle Errungenschaften der Gewerkschaften gern einheimsen, ohne die Lasten der Verbände mit zu tragen, versuchen die Kommunisten also Erfolge für ihre dunklen Maschinen zu erzielen. Würdigere Bundesgenossen konnten sich diese Schrittmacher der Reaktion allerdings nicht suchen. In politischen Fragen kam in Arm mit den Balthischen und Deutschnationalen, in gewerkschaftlichen Fragen eng verbunden mit den Unorganisierten, vertreten die Kommunisten Arbeiterinteressen. Viel zu lange haben sich die Gewerkschaften das Treiben der Kommunisten gefallen lassen, viel zu lange haben die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zugehört, wie die Kommunisten systematisch die Interessen der organisierten Arbeiterschaft mit Füßen treten. Die Vorgänge in Berlin bei den Betriebsratswahlen der Verkehrs-Aktiengesellschaft, wo es den Kommunisten durch die Koalition mit den Unorganisierten und Gelben gelungen ist, die Mehrheit zu erringen, zeigen höchstklar, wozu es führt, wenn die Langmut der Gewerkschaften noch weiterhin anhält. Selbst bürgerliche Blätter nehmen zu den Berliner Vorgängen bereits Stellung, wie die nachfolgenden Auslassungen der demokratischen „Vossischen Zeitung“ beweisen:

Man wird auf die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in nächster Zeit überhaupt sorgfältig achten müssen. Die Kommunisten probieren dabei ihre neue Taktik aus, mit Hilfe der Unorganisierten den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Die Unorganisierten bilden in den meisten Betrieben und in den meisten Landesstellen die Mehrheit der Arbeiter. Ihre Indifferenz gilt als der schwerste Hemmschuh für den Aufstieg der Arbeiterschaft. Sie tragen nicht die Bürde der Kampforganisationen der Arbeiterschaft und bilden bei allen Auseinandersetzungen ein Element der Unsicherheit.

Daß die Kommunisten sich dieses „Treibholzes“ bedienten, bedeutet den gefährlichsten Anschlag gegen die Arbeiterbewegung. Begreiflicherweise sehen sich die Gewerkschaften dagegen mit allen Mitteln zur Wehr. Es geht für sie tatsächlich um Leben und Sterben. Was bisher kein Unternehmerverband erreicht hat, das hoffen die Kommunisten zu schaffen: die Zerschlagung der Gewerkschaften und danach die Entseelung wilder Streikbewegungen unter ihrer Kontrolle.

Ihre Arbeit findet die lebhafteste Unterstützung in der „Neuen Preussischen Kreuz-Zeitung“, dem Organ des Grafen Westarp, das die neue Taktik der Kommunisten als das „innerpolitisch bedeutungsvolle Ereignis der letzten Jahre“ feiert. „Die sozialdisziplinäre Haltung der gewerkschaftlichen Organisationen sei die verlässigste Stütze des Weimarer Systems und der eigentliche Garant des Versailles-Vertrags wie der Dawes-Ausbeutung.“ Welch ein Glück, daß Kommunisten am Wert sind, diese „sozialdisziplinäre Haltung“ zu zerstören!

Es ist kennzeichnend für die Haltung der Kommunisten, daß die „Rote Fahne“ die Losparade der „Kreuz-Zeitung“ wiedergibt, samt der Behauptung des Westarp-Organs, die freigewerkschaftlich-sozialdemokratische Bureaokratie werde eines Tages angeworfen sein. Hauptstützen und Bajonette gegen die KPD, anzuwenden. Die äußerste Linke und die äußerste Rechte ziehen wieder einmal am gleichen Strang. Sie wollen das wirtschaftliche Elend vergrößern und die sozialen Mißstände verschärfen in der Hoffnung, den Staat zu zerschlagen und an seine Stelle die linksradikale oder die rechtsradikale Reaktion zu setzen.

Diese Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ sind Wort für Wort zu unterstreichen. Die „Rote Fahne“ sowohl wie die „Neue Kreuz-Zeitung“ siffen ja im trübigen; beide Richtungen können nicht vertragen, wenn die soziale Lage der Arbeiter gebessert wird. Die Kommunisten und die Rechtsradikalen glauben, durch die Verschärfung der Klassenverhältnisse ihren Wunsch nach einer Diktatur in die Tat umsetzen zu können. In vielen, vielen Fällen haben die Kommunisten in den Kommunen, in den Ländern und im Reich durch ihre Forderungen gezeigt, daß es ihnen niemals darum zu tun war, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Mit unerfüllbaren Forderungen haben sie realisierbare Vor schläge zugunsten der Arbeiterschaft zu Fall gebracht. Selbstverständlich ist es für die Kommunisten auch, daß jedes durch die „sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaokraten“ geleitete Lohnabkommen in den Dreck gezogen wird, besonders wenn es für die Arbeiter eine Verbesserung gebracht hat. Eine Besserstellung der Arbeiterschaft paßt nun einmal nicht in die kommunistische Taktik, weshalb einfach alles, was in diesen Rahmen fällt, beseitigt und besudelt wird. Könnte die Lage der Arbeiterschaft durch Gesetz gebessert werden, dann hätten die Moskauer allerdings schon ein Paradies für diese Klasse schaffen können. Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Kampf gegen das Kapital und wie sonst die Forderungen der Arbeiterschaft lauten mögen, interessieren die Kommunisten nicht. Kampf gegen die Gewerkschaften,

Kampf gegen alle Einrichtungen der Arbeiterschaft, die nicht mithelfen wollen, den politischen Traum der KPD, zu verwirklichen, ziehen die Kommunisten auf Moskauer Anweisung vor. Gelbes Geschick, Streikbrecher und ähnliche Kreaturen sind gut genug, um den Kommunisten zu helfen, ihre Pläne zu verwirklichen.

Wie in Berlin, sind die Kommunisten auch in andern Städten dazu übergegangen, bei den Betriebsrätewohnen sich mit den größten Feinden der organisierten Arbeiterschaft, den Gelben und Unorganisierten, zu verbinden. Es handelt sich also nicht um einen Streik über Weg und Ziel in der Gewerkschaftsbewegung, sondern es ist offene Kampfstellung gegenüber den Gewerkschaften. „Was noch keinem Unternehmerverband gelungen ist, wollen die Kommunisten mit Hilfe der Unorganisierten erreichen: die Zerschlagung der Gewerkschaften“, schreibt die „Vossische Zeitung“, und es muß ihr leider recht gegeben werden. Die Kommunisten wollen die Beseitigung der Gewerkschaften, weil gerade die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter das Spiel der kommunistischen Hahnenreue ablehnen und ablehnen müssen. Die letzten Vorgänge zeigen also klar und deutlich, daß die Kommunisten den Kampf gegen die Gewerkschaften offen ausgenommen und mit den schädlichsten Mitteln führen. Könnte man von den Kommunisten Konsequenz verlangen, müßten sie selbstverständlich aus diesen Korporationen, die sie unter allen Umständen erliegen wollen, auscheiden. Die einzelnen Mitgliedsleiter der KPD, werden aber diesen Weg nicht gehen, weil ja auch sie wissen, wo die Interessen der Arbeiterschaft am nachhaltigsten vertreten werden. Unter den gegebenen Umständen aber sind die Gewerkschaften gezwungen, die Frage ernstlich zu prüfen, ob Kommunisten, die Parolen, wie die letzten, befolgen, noch Mitglied bei ihnen sein können. Die Gewerkschaften haben sich, wie alle andern Korporationen, eigene Gesetze gegeben. Wer diese Gesetze nicht beachtet, vermischt sich eben des Rechts, Mitglied bei den Gewerkschaften sein zu können. Lassen es aber die Gewerkschaften zu, daß die selbst geschaffenen Gesetze von einem Teil der Mitgliedsleiter nicht mehr beachtet werden, dann schädigen sich die Gewerkschaften selbst aufs allergeringste.

Kürnb erg.

Korrespondenzen

Münchenleben. Aus Anlaß der Reichsunfallverhütungswache hielt das Graphische Kartell für die Angehörigen der graphischen Berufe eine Versammlung mit Lichtbildervortrag ab, die sich mit der Unfallverhütung und -verbütung usw. befaßte. Kollege **Hojan** (Halle) behandelte recht anschaulich das Unfallversicherungsgesetz und die Unfallverhütung. Letztere wurde durch geeignete Lichtbilder, die von der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft zur Verfügung gestellt wurden, verständlicher gemacht. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Der Vortrag zeigte aber auch, daß auf genanntem Gebiet noch vieles gesehen kann. Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß die Unfallversicherung weiter ausgebaut und die Unfälle auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

b. Braunschweig. Unsere erste Bezirksversammlung im neuen Jahre fand am 3. März statt und war von etwa 150 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung das Andenken zweier verstorbenen Mitglieder. Dann gab Kollege **Neuler** den Kasienbericht vom letzten Quartal 1928, der genehmigt wurde. Für das Landeshauptamt des Weistlichen Elternbundes im Harz, das im kommenden Sommer für die Ferienausflüge der Schulkinder bereitgestellt wird, wurden 100 M. bewilligt. Zum Gautag in Göttingen lagen Anträge aus der Versammlung nicht vor, vom Vorstand war ein Antrag eingebracht, der angenommen wurde. Eine rege und teilweise erregte Aussprache zeigten die Punkte „Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen“ und „Anträge zum Verbandstage“. Da die Zeit schon ziemlich vorgerückt war und die meisten Versammlungsteilnehmer sich ernüchert hatten, wurde beantragt, in der nächsten Versammlung den letzten Punkt nochmals zu erörtern.

Breslau. (M a s c h i n e n s e h e r.) Jahrelang waren die Kollegen von nah und fern der Einladung zur Hauptversammlung unter Gauervereinigung am 24. Februar gefolgt. Infolge Erkrankung des ersten Vorsitzenden **Birnbach** leitete Kollege **Geier** die Tagung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er in ehrenden Worten unfres verstorbenen Führers, des Kollegen **Geiz**, sowie der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen. Eine besondere Note erhielt die Versammlung durch die Anwesenheit des Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen **Kreißmer**. Er übermittelte die Grüße der Zentralkommission und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Dann ging er in wirkungsvoller Weise auf die aktuellen Tagesfragen ein. Dabei streifte er auch den Handbrennereffekt und brachte zum Ausdruck, daß in Zukunft zwischen den Sparten der Maschinenseher und der Handseher ein gutes Einvernehmen bestehen möge, denn nur so könnten manche Differenzen, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhen, beseitigt werden. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen Kollegen **Geier** als Vertreter des Gewerkschaftsverbandes und Kollege **Spon** als Vertreter des Ortsvereinsvorstandes wünschten der Tagung einen guten Verlauf und weiteres Wirken im Interesse der Gesamtorganisation. Als Vertreter der **Mergenthaler Sehmashinenfabrik** nahm Herr **Schulte** an der Versammlung teil, brachte die „Linospeppoli“ und die „150 Fragen der Maschinenseher“ zur Verteilung und erklärte, daß er stets bereit sei, Material zur Verfügung zu stellen und über irgendwelche Fragen Auskunft zu geben. Der **Mergenthaler Sehmashinenfabrik** sei auch an dieser Stelle für die freundliche Überweisung der Druckkosten unser Dank ausgesprochen. Der Jahresbericht, der allen Kollegen bereits gedruckt vorlag, wurde vom Kollegen

Orl: Wail Sebri, Carlinger Straße 8; Gullas Olaver, Heiliger Straße 15, H 10 11; Georg Heilf, Dange Str. 347. ... (List continues with names and addresses)

Dannhilt, 19. Ellen: Otto Brümmerhoff, Breite Str. 66. ... (List continues with names and addresses)

Offiziere, Vortri Königsberg I. K. Gausowitzer

D. Meiner, Gaußlitzer W. Krause, Bureau Vorder- ... (List continues with names and addresses)

Wienlehn I. Dr. Bromer, Bahnhöfstr. 13, Fritz Werch ... (List continues with names and addresses)

Mehlanen-Wieslens, Vortri Königsberg II. K. Gausowitzer

Joseph Bertzmann, Gaußlitzer Fritz Müller, Bureau: Gerechts- ... (List continues with names and addresses)

Maden: Paul Alden, Maden, Wiesentalle 18; Emil Dangen, ... (List continues with names and addresses)

Wartenmühlstr. 7, Godeberger: Franz Slinber, Weihen- ... (List continues with names and addresses)

W. Gausowitzer

W. Gausowitzer, Gaußlitzer Fritz Müller, Bureau: Gerechts- ... (List continues with names and addresses)

K. W. G. U. G. Gausowitzer, Gaußlitzer Fritz Müller, Bureau: Gerechts- ... (List continues with names and addresses)

Gausowitzer, Vortri Gausowitzer

Gausowitzer, Gaußlitzer Fritz Müller, Bureau: Gerechts- ... (List continues with names and addresses)

Geier kurz ergänzt. Das Verhältnis zwischen Hand- und Maschinensetzern in Schlesien kann als ein gutes bezeichnet werden. Den Kassenerbericht, der einen Bestand von 816 M. aufwies, erstattete Kollege Straßmeyer. Ihm, wie dem gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Der Beitrag für die Gauvereinigung wurde in der bisherigen Höhe von 45 M. monatlich beibehalten. Die Entschädigung für den Vorstand wurde wie im vergangenen Jahre wieder auf 100 M. festgelegt und gilt auch für die folgenden Jahre. Der vom Breslauer Vorort gewählte Vorstand wurde bestätigt. Als Vorsitzender fungiert Kollege Birnbach und als Kassierer Kollege Straßmeyer. Infolge des immer stärkeren Anwachsens des Vereins macht sich eine Arbeitsteilung notwendig. Bisher hatte der Breslauer Vorstand auch die Geschäfte der Gauvereinigung erledigt. In Zukunft soll für Vorort und Gauvereinigung je ein besonderer Vorstand amtieren. Ein entsprechender Entwurf des Statuts wird der diesjährigen Wanderversammlung vorliegen, und die einzelnen Bezirke sollen dann Gelegenheit haben, den Entwurf in ihren Versammlungen zu beraten, so daß dieser auf der nächstjährigen Hauptversammlung zur Annahme gelangen kann. Zum Maschinensetzertage stellt unser Gau zwei Delegierte. Gewählt wurden für Breslau Kollege Birnbach und für die Provinz Kollege Wagner (Waldenburg). Die zu stellenden Anträge zum Kongreß, die sich mit dem Auftrage für Sechsmaschinen befassen und fordern, daß Gewerbeaufsichtsbeamte den Reiben der Berufstätigen zu entnehmen sind, fanden einstimmige Annahme. Die Wanderversammlung findet Ende August oder Anfang September in Habelschwerdt statt; 1930 in Buzlaga und 1931 in Beuthen. Unter „Verchiebenem“ machte Kollege Geier noch auf die Reichs-Unfallverhütungswoche und auf die Wichtigkeit der Betriebsratswahlen aufmerksam. Unter „Technischem“ gelangten einige Neuheiten des Kollegen Müller (Eimshorn) zur Ausstellung. Auf den Wert des „Grappischen Betriebs“ wurde besonders aufmerksam gemacht. — An die Versammlung schloß sich eine gemeinsame Mittagstafel an. Am Nachmittag hielt ein gemüßliches Beisammensein die Kollegen in fröhlichster Stimmung noch lange vereint.

Dortmund. (Handwerker.) Unsere Versammlung am 3. März befaßte sich hauptsächlich mit den Berichten von der Handsehervorstandskonferenz in Berlin und von der Gaukonferenz in Köln. Beide Berichte gab in vorbildlicher Weise Vorsitzender Bölle. Er erwähnte, daß auf der Berliner Konferenz ein Fortschritt der Handsehervorbewegung gegenüber der letzten Vorstandskonferenz in Erfurt nicht zu verkennen war. Auch das Zusammenarbeiten mit dem Bildungsverband und der Korrektorenpartei sei ein gutes. Eine kurze Aussprache schloß sich an diese Berichte. Einer Anregung, durch Werbeexemplare der „Mitteilungen“ die säumigen Mitglieder im Bezirk auszurufen, versprach der Vorsitzende Folge zu leisten. Die Erledigung einiger Bezirksangelegenheiten bildete den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung. Die Kollegen hatten später Gelegenheit, den hier ausliegenden internationalen „Pressa“-Wettbewerb zu besichtigen.

Frankfurt a. M. (Drucker.) Unsere Jahreshauptversammlung am 24. Februar zeigte diesmal nicht den erhofften Besuch der Vorjahre. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, wobei das Rundschreiben Nr. 1 der Zentralkommission und die Vorarbeiten zum diesjährigen hier abzuhaltenen Neunten Deutschen Druckerkongreß ausgiebig erörtert wurden, streifte der Vorsitzende nochmals die Hauptmerkmale des diesjährigen Jahresberichts, der gedruckt vorlag und eine Fülle von Arbeit auswies. Die geleistete Arbeit wurde von den Mitgliedern anerkannt und ohne Debatte gutgeheißen. Die beantragte Entlastung für den Kassierer wurde einstimmig befristet. Um dem hohen Stand unserer konditionslosen Drucker zu steuern, soll versucht werden, Druckereioberleute zu wählen, damit unantastbare Zustände, speziell in der Maschinenbedienung, befristet werden. Aber auch dem Überwinden unweiliger soll hier mit Hilfe des Bezirksvorstandes entgegengetreten werden. Bei den Neuwahlen wurde der leitende Gesamtstand mit drei Neugewählten zur Technischen Kommission weiter befristet. Kollege Steiner wünschte, daß zur Generalversammlung der Relationen die Flachdruckkollegen erziehen möchten. Zur Verbesserung der Vereinskasse wurde beschlossen, für die Monate März und April einen Extrabeitrag von je 50 Pf. zu erheben. Mögen die Kollegen künftig alle Veranstaltungen der Sparte reiflos besuchen.

Kulda. Zu unserer Generalversammlung am 2. März konnte Kollege Hillenbrand eine ganz recht erhellende Kollegenchaft begrüßen. Eingangs erinnerte er an die neu zu wählenden Betriebsverordnungen in den einzelnen Druckereien. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf genommen hat. Der ein Jahr bestehende Nachausfluß hielt seine ersten Gehversuche in Kulda und Hersfeld ab und unterzog die Offern neu einzuwählenden Beschlüsse einer Eignungsprüfung. Der Kassenerbericht des Kollegen Lohrlich war zufriedenstellend. Die Vorstandsmaßnahme befristete die leitenden Mitglieder in ihren Ämtern. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten richtete der Obmann des „Gutenberg-Quartetts“ an die diesmal noch fernstehenden Sänger die Bitte, zur Förderung des kollegialen Lebens in unserem Ortsverein dem Quartett beizutreten.

Heilbronn. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Jahreshauptversammlung wurde das Andenken bewährter Funktionäre, des Verbandsvorsitzenden Joseph Geis und unseres früheren Gaukassierers Wilhelm Kayler, sowie fünf braver Ortsvereinsmitglieder durch Erheben von den Sihen geehrt. Jahres- und Kassenerbericht überfichtlich ausgearbeitet, lagen gedruckt vor. Die durchsichtliche Mitgliedsbeziehung belief sich auf 300, der Gesamtjahresumsatz unserer Vereinsgelbe auf 86 000 M. Die Berichte aus den einzelnen Sparten lauteten günstig. Erfreulich ist die Tatsache, daß der neugebildete, geschlecht anerkannte Nachausfluß sich nunmehr in vollem Maße den Gehilfensangelegenheiten widmen kann. Der bisherige Ortsvereinsvorstand wurde durch Jurauf wiedergewählt. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1929 wurde

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Peterich Läden in Darmen
Eingetreten: 4. April 1900 in Darmen. — „Staatsberieg“ in Darmen

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Kretschke in Berlin
Eingetreten: 5. April 1879
Kreditnachweisverwalter in Berlin



Rudolf Höfer in Leipzig
Eingetreten: 5. April 1879
Oskar Buchhalter in Leipzig

festgelegt, Johannisfest und Kinderfest zusammen zu feiern. Erhöht mehr als je ein jeder Kollege mit jedem Pfennig rechnen muß, wurde ein Antrag des Vorstandes, von Fall zu Fall vierteljährlich einen Sonderbeitrag (1 M.) zugunsten in Not geratener Kollegen zu erheben, einstimmig angenommen.

Kaiserslautern. Unsere diesjährige Bezirkshauptversammlung fand am 3. März hier statt. Zu Beginn der Versammlung begrüßte der Vorsitzende des Wobens unseres Verbandsvorsitzenden Herr, nach Erstattung des Geschäfts- und Kassenerberichts referierte Herr S. Lang-Loh, Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kaiserslautern, über das Thema: „Sozialhygienische Maßnahmen in der Krankenversicherung“. In anschaulicher Weise legte er die Ziele der Krankenversicherung in sozialhygienischer Hinsicht dar. Er betonte, daß bei einer periodischen Unterbrechung der Mitgliedsbeiträge auf Kosten der Krankenversicherung mehr Krankheitsfälle im Reime eintreten werden könnten und dadurch der Versicherung eine größere Einparung gewährleistet wäre, die den Mitgliedern auf andere Art, sei es zu Erholungszielen oder zu Besuch von Bädern, wieder zugute kämen. In den weiteren Ausführungen über die Bekämpfung und Vorbeugung der Seuchen streifte der Referent auch den § 218. An Hand einiger statistischer Zahlen zeigte er die ungeheuren Auswirkungen auf den Gesundheitsstand des deutschen Volkes, die das Bestehen dieses Paragraphen hervorruft. Jeder Arbeiter sollte bedacht sein, die Krankenversicherung noch mehr auf- und auszubauen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Einige Anfragen, darunter auch die Frage, warum die Krankenversicherung so wenig Naturarzte zulasse, erledigte der Referent in seinem Schlußwort zur allgemeinen Befriedigung. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen aufmerksam und forderte die Kollegen auf, dafür Sorge zu tragen, daß in jedem Betrieb eine gesetzliche Vertretung vorhanden sei.

Kleve. Unsere letzte Versammlung mußte sich mit einer wahrhaft „christlichen“ Tat der hiesigen Gutenbergbinder beschäftigen. In der Segelei der hiesigen Zentrumsdruckerei war ein Verbandsmitglied beschäftigt. Bei einer Konjunkturaufwertung wurde dem Verbandsmitglied und einem jungen Gutenbergbinder gekündigt. Das Verbandsmitglied konnte aber wieder dieselben und der Gutenbergbinder wurde entlassen. Er steht nämlich bei der Geschäftsleitung in dem Rufe, leistungsfähig zu sein. Der Lohn wurde dem Vater ausbezahlt. Die „christlichen“ Gutenbergbinder verlangen nun, daß das Verbandsmitglied entlassen und der Gutenbergbinder wieder eingestellt werden sollte. Das Verbandsmitglied war wiederholt arbeitslos, will heiraten und hat bereits eine

Wohnung. Am Orte ist an Stellungswechsel augenblicklich nicht zu denken. Der Betreffende brachte leider den Mut nicht auf, dieser Gesellschaft die Sitze zu bieten, sondern suchte sich vor diesen „christlichen“ Machenschaften zu schützen, indem er zum Gutenbergbunde übertrat. Auf diese Weise ist es auch einem Kommunisten möglich gewesen, dauernde Kunst in dieser Winderdomäne zu erlangen. Wir gönnen dem Gutenbergbunde eine derartige „Stärkung“ seiner Reihen. Festzulegen wollten wir nur die „edle“ Tat dieser „christlichen“ nennenden Buchdrucker, die bei jeder Gelegenheit den katholischen Verbandsmitgliedern Schwierigkeiten machen mit dem Hinweis, daß durch die Mitgliedschaft im Verbands der Deutschen Buchdrucker die Religion in Gefahr komme. Die hier geschriebene Handlungsweise mit der Religion in Einklang zu bringen, muß allerdings den Gutenbergbündlern überlassen bleiben.

Krefeld. Um der Kollegenchaft Gelegenheit zu geben, zu dem neuen Lohnabkommen Stellung zu nehmen, hatte der Vorstand eine außerordentliche Versammlung am Bezirksvorort einberufen, wozu auch die Vorstände der Ortsvereine geladen und erschienen waren. Vorsitzender Kretzer berichtete über die Bezirksvorortskonferenz und schilderte Einzelheiten aus den Verhandlungen der Tarifkommission. In der Aussprache wurde vor allem die längere Dauer des Abkommens kritisiert, auch kann dessen Höhe nicht befriedigen. Die Versammlung war jedoch überzeugt, daß die Gehilfensvertretung alle Möglichkeiten zur Besserstellung der Kollegenchaft erschöpft hat, weswegen man die auf der Kölner Bezirksvorortskonferenz gefasste Entschließung gutheißt. Scharfe Entzückung löste die Kenntnis von den Vorgängen in dem Solinger KWD-Betriebe aus, führte aber auch zu einer Aussprache über das Benehmen des Geschäftsführers in dem Krefelder SPD-Betrieb. Auch die Feldwebelskürten dieses Herrn werden nicht weiter geduldet. Nicht um das Geschäft zu treffen, sondern um herein eine Änderung herbeizuführen, wurde beschlossen, den Betrieb die Druckmaschinenherstellung zu entsorgen. Weiter gelangte ein Antrag zur Annahme, den Geschäftsführer in der kommenden Versammlung wegen unkollegialen Verhaltens zum Ausschluß zu stellen.

Quedlinburg. Im Zeichen der „Ruwo“ hielt am 2. März Kollege Hosenk (Halle) einen Lichtbildervortrag über Unfallverhütung, insbesondere über solche im Buchdruckgewerbe. Von den primitiven Anfängen des Arbeiterschutzes bei Unfall ausgehend, besprach er das nach und nach verbesserte, jedoch den heutigen Verhältnissen in mancher Hinsicht nicht mehr angepaßte Gesetz und erklärte an Hand von Beispielen deren Auslegung. Als Verbesserung mußte gefordert werden: Zufassung von Arbeitervertretern in die Berufsvereinskommissionen und verstärkte Kontrolle durch Gewerbeaufsichtsbeamte der Betriebe. Den größten Teil seiner zur Verfügung stehenden Zeit nahmen die Erörterungen über Bleierkrankungen und ihre Verhütung in Anspruch. Alle Anwesenden folgten den Ausführungen des Referenten mit großem Interesse und spendeten regen Beifall.

Wittenberg. Anlaßlich der Reichsunfallwoche hielt im hiesigen Graphtischen Kartell Kollege Hosenk (Halle) am 1. März einen Lichtbildervortrag, für den er lebhaften Beifall erntete. Zahlreiche Anfragen in der nachfolgenden Aussprache zeigten, daß der Vortrag auf fruchtbaren Boden gefallen war.

Allgemeine Rundschau

Belegung der Korrekturen beim Internationalen Arbeitsamt. Die im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ vom 12. Januar ausgeschriebene Korrekturen beim Internationalen Arbeitsamt in Genf ist inzwischen besetzt worden. Die Wahl fiel auf den Kollegen Umland aus Danabrig. Außer ihm ist Kollege Uhlitz aus Frankfurt a. M. als Korrektor beim Internationalen Arbeitsamt schon länger tätig. Beide Kollegen sind Verbandsmitglieder.

Warnung vor Gewerkschaftszersplitterung. Die „Solidarität“, das Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, bringt an der Spitze ihrer Nummer vom 30. März folgende Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: „Die gemeinschaftliche Konferenz des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter, die vom 20. bis 22. März d. J. in Berlin tagte, hat sich u. a. auch mit der neuen Form gewerkschaftsgebundenen Treibens der Kommunistischen Partei Deutschlands beschäftigt. Die überall propagierte Taktik der KWD, mit Hilfe Unorganisierten, selber Werbervereiner und anderer Organisierten die von den freien Gewerkschaften geordnet geführten Arbeitskämpfe zu stören und den Einfluß der freien Gewerkschaften in den Betriebsräten zu verdrängen, bedeutet eine kaum wieder gutzumachende Schädigung der gesamten Arbeiterchaft und ist lediglich im Interesse des Unternehmertums gelegen. Wer sich dazu hergibt, solchen verbrecherischen Parolen zu folgen, sie zu begünstigen und zu fördern, begeht Verrat an der Arbeiterchaft und seinem Verbands. Die Konferenz hat daher beschlossen, unsere Verbandskollegenchaft darauf zu warnen, sich an diesem Treiben zu beteiligen und den kommunistischen Ferkörungsbestrebungen zu folgen. Die zuständigen Verbandsinstanzen sind strikte angewiesen, in jedem Falle von Zuwiderhandlung gegen diese Warnung wegen verbandsgefährdenden Treibens nach § 13 Ziffer 2c mit dem Ausschluß aus dem Verbands vorzugehen.“

Preiswerte Ferienreisen. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, dessen Tätigkeitsgebiet sich heute bereits auf 17 Länder mit rund 2000 Ortsgruppen über die ganze Welt erstreckt, ist die berufene Organisation zur Durchführung preiswerter Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Der soeben erschienene Prospekt „Ferienreisen 1929 mit den Naturfreunden“ enthält in geschmackvoller Ausstattung, auf bestem Kunstdruckpapier gedruckt und reich illustriert, vier größere Reisen, und zwar je eine Reise nach Wien-Biederreich und Hamburg-Deigoland-Ölbe, sowie zwei Reisen in die herrliche Schweiz. Die Reisen gehen mit Sonderzug nach Wien, Hamburg oder Zürich und werden dort in kleinere Reisegeellschaften auf-

